



ver.di • Hessen • Postfach 20 02 55 • 60606 Frankfurt am Main

Landesbezirksleiter
Jürgen Bothner

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Petra Roth
Magistrat der Stadt Frankfurt
Römerberg 23
60311 Frankfurt am Main

Landesbezirk Hessen
Ressort 1

Wilh.-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 2569-0
Telefax: 069 / 2569 1199

Datum	im Juli 2011
Ihre Zeichen	
Unsere Zeichen	Kö-bj
Durchwahl	1460

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Roth,

mit diesem Brief wenden wir uns an Sie und die anderen OberbürgermeisterInnen und BürgermeisterInnen mit Wohnungsbeständen der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte – Wohnstadt im Stadt- bzw. Gemeindegebiet.

Getrieben werden wir von der Sorge um die Zukunft der Organe der staatlichen Wohnungspolitik, hier insbesondere der oben aufgeführten Unternehmensgruppe.

Gefragt oder ungefragt wird von „Beteiligten“ der Diskussion um die Sanierung des Landeshaushalts festgestellt, welches die veräußerbaren Ressourcen seien, die dann auch die Einhaltung der Kriterien der Schuldenbremse kurzfristig sichern könnten.

Drei große „Ziele“ werden immer wieder benannt, darunter die Nassauische Heimstätte.

Von Seiten des Wirtschaftsministers – welcher zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Unternehmensgruppe ist – sowie aus dem Finanzministerium hört man, dass es derzeit keine Überlegungen gäbe, eine Veräußerung betreffend.

Allein was fehlt, ist ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Unternehmensgruppe in öffentlicher Hand!

Öffentliche Daseinsvorsorge ist ein zentraler und wesentlicher Bestandteil einer humanen Gesellschaft.

E-Mail:
Juergen.Bothner@verdi.de
Mitarbeiterin:
Traudel.Schreck@verdi.de
Internet:
www.hessen.verdi.de

Der Gesellschaftsvertrag der Unternehmensgruppe wird dem vorgenannten bei Beschreibung von „Zweck und Gegenstand der Gesellschaft“ gerecht – wir zitieren:

§ 2 Zweck und Gegenstand der Gesellschaft

„Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Dabei sind im besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben“.

„Die Gesellschaft hat als Organ der staatlichen Wohnungspolitik darüber hinaus die Aufgabe, bei der Wohnungs- und Städtebaupolitik des Landes Hessen mitzuwirken. Sie steht dem Land, Städten und Gemeinden für Planungen und zur Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Wohnungs- und Städtebaus, des Aufbaus der Infrastruktur sowie der Wohnungswirtschaft zur Verfügung“.

So betreibt die Unternehmensgruppe Immobilienbewirtschaftung mit derzeit 62.500 eigenen Wohnungen in 151 hessischen Städten und Gemeinden.

Für ältere Menschen werden spezielle Angebote im Wohnumfeld geschaffen, eine wachsende Zahl von Migranten werden in die Wohn- und Lebensgemeinschaft der Quartiere mit einer bewährten Belegungspolitik integriert. Auf diese Weise leistet die Unternehmensgruppe unter dem Aspekt einer sozialen Stadtrendite einen unverzichtbaren gesellschaftlichen Beitrag.

Etwa 146.000 Menschen wohnen in den Wohnungen der Unternehmensgruppe, 41 % sind über 60 Jahre alt. Das durchschnittliche monatliche Haushaltseinkommen beträgt ca. 1.450,- €, 8,2 % der Mieter beziehen Transferleistungen, 41,7 % sind Rentner. Die Abweichung zur Marktmiete beträgt ca. 20 %, die Bestandsinvestitionen liegen deutlich über dem Verbandsdurchschnitt.

Nicht vergessen werden darf die Tätigkeit als Dienstleister für Städte und Gemeinden bei der Lösung städtebaulicher Probleme und der Anwendung von Förderprogrammen.

Wohnen ist mehr als mieten! Die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte-Wohnstadt und vergleichbare Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaften regulieren im besten Sinne den heimischen Wohnungsmarkt – sie setzen Standards in Ausstattung, Unterhaltung, sozialer Umfeldgestaltung und Preis.

Eine Privatisierung trafe nicht nur die überwiegend ältere und älter werdende Mieterschaft mit niedrigem Einkommen, sondern sicher auch viele Städte und Gemeinden, die künftighin teure Belegungsrechte für fragwürdige Leistungen kaufen müssten. „Dresdner Verhältnisse“ wollen wir hier nicht anführen, sie sind bekannt.

Statt Aussagen wie „derzeit keine Überlegungen“ zur Privatisierung, brauchen wir klare Bekenntnisse zur Wohnungswirtschaft im Besitz von Land, Städten und Gemeinden.

Städte und Gemeinden haben ebenso wenig Interesse an Veränderungen wie Mieter und die mehr als 700 Mitarbeiter der Unternehmensgruppe.

Gemeinsam muss der Landesregierung verdeutlicht werden, dass Wohnungswirtschaft als zentraler und wesentlicher Bestandteil von öffentlicher Daseinsfürsorge nicht zur Disposition gestellt werden darf.

Hierfür möchten wir Sie sensibilisieren und bitten im Rahmen Ihrer Möglichkeiten auf die Landesregierung und die sie tragenden Parteien Einfluss zu nehmen.

Gerne gehen wir mit Ihnen zu diesem und anderen Themen der „Daseinsvorsorge“ die wir in den Mittelpunkt eines politisch-strategischen Prozesses im ver.di-Landesbezirk Hessen gestellt haben, in den Dialog.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Bothner
ver.di-Landesbezirksleiter Hessen

Gerhard König
Landesfachbereichsleiter FB 13